

PRESSEMITTEILUNG



07/2025

Unverständnis beim Holzhandel über Vorgehen der EU-Kommission im Antidumpingverfahren gegen Laubsperrholz aus China

Berlin, 14. Oktober 2025

Die jüngsten Entscheidungen im Antidumpingverfahren der EU-Kommission gegen Importe von Laubsperrholz aus China stoßen beim deutschen Holzhandel auf Unverständnis. So plant die EU-Kommission, die Höhe für die Antidumpingzölle auf die Einfuhren von Laubsperrholz aus China, auf 43,2% bzw. 86,8% ab dem 7. Dezember diesen Jahres anzuheben. Entsprechende Konsultationen mit den EU-Mitgliedstaaten stehen dazu noch aus.

Im Rahmen des laufenden Verfahrens wurden seitens des GD Holz e.V. mehrere Kritikpunkte an der Vorgehensweise der Kommission geäußert. So wurden zahlreiche Stellungnahmen betroffener Unternehmen zurückgewiesen – teilweise ohne nachvollziehbare Begründung, was wiederum der Transparenz des Prozesses nicht zuträglich ist. Zudem bleibt die Produktdefinition unklar: Die Kommission erkennt „film-faced plywood“ nicht als eigenständige Kategorie an, wodurch aus Sicht der Importeure ungleiche Produkte miteinander verglichen werden.

Ein weiterer Kritikpunkt betrifft die verweigerte Anhörung. Der entsprechende Antrag wurde mit der Begründung abgelehnt, es seien keine konkreten Verletzungen der Verteidigungsrechte dargelegt worden – eine Argumentation, die aus Sicht der Antragsteller nicht überzeugt. Auch neue Beweismittel, darunter Laborergebnisse, wurden entgegen vorheriger Zusagen nicht in die Bewertung einbezogen. Darüber hinaus fanden externe Stellungnahmen, etwa von der European Timber Trade Federation (ETTF), keine erkennbare Berücksichtigung im Verfahren.

Besonders kritisch ist die Entwicklung der Antidumpingzölle zu sehen, denn die endgültigen Zollsätze liegen deutlich über den vorläufigen, ohne dass hierfür eine nachvollziehbare Begründung geliefert wurde. So stieg der Satz für „Rest of China“ von

Gesamtverband Deutscher Holzhandel e.V.
Am Weidendamm 1A – 10117 Berlin
Telefon: +49 30 726 258 00
presse@gdholz.de
www.gdholz.de

62,4 % auf 86,8 %, während für „Pizhou“ ein Anstieg von 25,1 % auf 43,2 % verzeichnet wurde.

Die Annahme und Durchführung solcher Verfahren wirken zunehmend politisch motiviert und so kann der Eindruck entstehen, dass ein bestimmtes Ergebnis angestrebt werden soll – unabhängig von der tatsächlichen Sachlage. Hierbei muss grundsätzlich die Frage gestellt werden, ob eine Bewertung auf Basis chinesischer Energie-, Arbeits-, Rohstoff-, Personal-, Logistik- und Steuerkosten realistisch überhaupt möglich ist.

„Es ist bedauerlich, dass wirtschaftliche und sachliche Argumente offenbar nicht ausreichend Gehör finden. Die Vorgehensweise lässt durchaus Zweifel an der Objektivität und Fairness des Verfahrens aufkommen“, so der GD Holz Vorsitzende Maximilian Habisreutinger.

Über den GD Holz:

Der Gesamtverband Deutscher Holzhandel e. V. (GD Holz) ist der kooperationsübergreifende und repräsentative Branchenverband des deutschen Holzfachhandels mit ca. 800 Mitgliedsunternehmen.

Der GD Holz vertritt die wirtschaftlichen Interessen des Holzfachhandels und seine Vertriebswege gegenüber Wirtschaft, Politik, Medien, Verbänden und Industrie.

Als Fachverband nimmt er die Interessen seiner Mitgliedsunternehmen in den Fachbereichen Holzgroßhandel, Holzaußenhandel, Holzeinzelhandel, Rohholzhandel und Furnierhandel wahr.

Pressekontakt:

Gesamtverband Deutscher Holzhandel e. V.

Am Weidendamm 1a

10117 Berlin

Telefon: +49 (0) 30 / 72 62 58 00

E-Mail: presse@gdholz.de

Mediendatenbank:

www.gdholz.de/news-aktuelles

